

Benno Teschke

Bürgerliche Revolution, Staatsbildung und die Abwesenheit des Internationalen¹

Der Begriff der 'bürgerlichen Revolution' nimmt einen zentralen Platz in der marxistischen Geschichtstheorie ein. Die Annahme eines verhältnismäßig kohärenten Definitionskernes und dessen universeller Anwendbarkeit auf verschiedene Staatsbildungsprozesse bildet eine der grundlegenden Rechtfertigungen, um überhaupt die Vorstellung einer allgemeinen Geschichtstheorie aufrecht zu erhalten. Im Laufe der letzten drei Jahrzehnte ist der Begriff 'bürgerliche Revolution' sowohl innerhalb als auch außerhalb der marxistischen Diskussion mächtig unter Druck geraten, und im Zuge seiner allgemeinen Verabschiedung scheinen sich alle ambitionierten Versuche zusehends zu verflüchtigen, die einen allgemeingültigen marxistischen Rahmen für die Interpretation der Geschichte zu rekonstruieren suchen. Zu umfassend sind die Gegenbeweise, die von der Mikro-Geschichtsschreibung zu Tage gefördert werden.

Der vorliegende Artikel rekapituliert die marxistische Debatte über bürgerliche Revolutionen und Staatsformierung und entwickelt eine neue theoretische Perspektive, die sowohl die empirischen Einwände seitens der in der Debatte als 'Revisionismus' bezeichneten kritischen Ansätze ernst nimmt und, neuere Entwicklungen im anglo-amerikanischen marxistischen Diskurs weiterführend, die Problematik der internationalen Beziehungen für eine Neuformulierung einer kritischen Geschichtstheorie betont. Ich beginne mit einer Skizze des orthodox-marxistischen Konzepts der bürgerlichen Revolution und zeichne die konzeptionellen Wandlungen nach, mit denen man jenes Erklärungsmuster

1 Der vorliegende Text ist eine überarbeitete Version meiner *Isaac Deutscher Lecture*, vorgelesen am 9. Oktober 2004 am Birkbeck College, University of London. Ich danke dem *Deutscher Committee* für die Verleihung des *Isaac and Tamara Deutscher Memorial-Preises* 2003; insbesondere gebührt mein Dank Alfredo Saad-Filho für die organisatorische und redaktionelle Unterstützung und George Connell für seine Rolle als Diskussionspartner auf dem *Deutscher Lectures*-Podium. Des weiteren danke ich Justin Rosenberg, Kees van der Pijl, Ellen Wood, Samuel Knafo, Kamran Matin und Robert Shilliam für ausführliche Kommentare. Der Artikel bleibt stilistisch dem Duktus des Vortrags verhaftet, einschließlich seines synoptischen, programmatischen und provokativen Charakters. Der Beitrag ist ursprünglich in der Zeitschrift *Historical Materialism: Research in Critical Marxist Theory* (13: 2, 2005) veröffentlicht worden. Ich danke Michael Heinrich für Anregungen bei der Überarbeitung des Textes für das deutsche Publikum und Alexis Petrioli für die Übersetzung. (Copyright dieses Beitrags bei Brill Academic Publishers, Leiden, The Netherlands 2005).

gegen die Angriffe seitens der außermarxistischen Kritik zu behaupten suchte. Im zweiten Schritt werde ich in die Position des, mit dem Werk von Robert Brenner, Ellen Wood und George Comninel verbundenen, 'Politischen Marxismus' einführen, genauer: in dessen Interpretation der Englischen und der Französischen Revolution. Während diese anglo-amerikanische Forschungsrichtung in deutschsprachigen Diskussionen relativ unbekannt ist, hat sie seit Anfang der 1980er Jahre eine wichtige Erneuerung des Marxismus eingeleitet, die in einer umfassenden Re-Interpretation der europäischen Geschichte, einschließlich eines innovativen Verständnisses der 'bürgerlichen Revolutionen' in England und Frankreich, ihren Niederschlag gefunden hat. Allerdings ist dieser Politische Marxismus, wie ich im dritten Schritt zeigen möchte, weiter zu entwickeln, und zwar in Bezug auf die Rolle des 'Internationalen': Im Rekurs auf die frühmoderne anglo-französische Geschichte werde ich darlegen, wie das 'Internationale' in die gesellschaftliche Dynamik der frühmodernen Revolutionen und Staatsbildungsprozesse eingreift – als konstitutives Moment des historischen Prozesses, nicht bloß als eine kontingente oder beiläufige Größe. Es ist gerade die konzeptionelle Ausblendung des 'Internationalen', die für viele Probleme innerhalb des gegenwärtigen marxistischen Denkens über bürgerliche Revolution und Formierung des Staates verantwortlich zu machen ist, einerlei ob es sich dabei um orthodoxe, revisionistische oder politisch-marxistische Zugänge handelt.² Ich entwickle diese These im Rückgriff auf mein Buch *The Myth of 1648* (Teschke 2003), in dem ich zeige, dass internationale Beziehungen nicht nur stets mit innerstaatlichen Konflikten und Entwicklungen verbunden sind, sondern umgekehrt auch die sozialen Dynamiken innerhalb von Gesellschaften immer vom Internationalen beeinflusst sind. Im gleichen Maße, wie diese Schlussfolgerung kritische Implikationen für das klassisch-marxistische Verständnis bürgerlicher Revolutionen samt moderner Staatsbildung hat, konturiert sie einen Fragenkomplex, mit dem sich der Marxismus bis dato noch nicht hinreichend auseinandergesetzt, geschweige denn: gelöst hat. Denn die These wirft unabwendbar jene allgemeine *Problematik* des Internationalen auf, d.h. die Frage, in welchem Ausmaß der Marxismus die Rolle des Internationalen in sein intellektuelles Selbstverständnis aufgenommen hat – sowohl *theoretisch*, sozusagen innerhalb seines 'Kernvokabulars', als auch *historiographisch*, d.h. in Bezug auf den Grad, in welchem das Internationale innerhalb der marxistischen Geschichtsschreibung nicht einfach als ein Derivat innerstaatlicher Trends konzeptualisiert ist, sondern überhaupt als wesentliche Komponente des Gesamtverlaufs der Geschichte. So lautet meine erweiterte These, dass jedes Verständnis der Geschichte der Ko-Entwicklung von Kapitalismus, Revolution und moderner Staatsbildung die

2 Diese Unterbelichtung der internationalen Beziehungen ist schon bei Marx und Engels selbst zu finden. Siehe Teschke (2001).

Tatsache zu problematisieren hat, dass diese Prozesse sich innerhalb – und dabei keineswegs gleichmäßig oder einförmig – eines territorial fragmentierten inter-staatlichen Systems entfaltet haben, welches seinerseits in zentraler Hinsicht nationale Besonderheiten formte. Ich schließe mit einer Skizzierung der theoretischen Herausforderung, die sich damit dem Marxismus stellt und schlage eine Neu-Lektüre des Politischen Marxismus vor, die fähig ist, die raum-zeitlich differenzierte und geopolitisch vermittelte Entwicklung Europas als Ganzes zu verstehen – eine Perspektive, die sich der konstitutiven Rolle des Internationalen im historischen Prozess voll bewusst ist.

‘Bürgerliche Revolution’: Klassischer Begriff, Revisionen und Reformulierungen

Lange Zeit umfasste die Lehrbuchversion des Konzepts ‘bürgerliche Revolution’ innerhalb des Marxismus, paradigmatisch formuliert etwa im *Kommunistischen Manifest*, folgende vier Kernelemente (Hill 1940, Hobsbawm 1962, Soboul 1962): Zum *einen* ging man von der Existenz einer selbstbewussten und vereinten Klasse, der Bourgeoisie, als der Hauptträgerin der Revolution aus. Diese Klasse war städtischen und kapitalistischen Charakters und ihre Mitglieder waren tätig im Handel, im Manufaktur- oder Finanzwesen. Zum *zweiten* wurde ein sich verschärfender Klassenantagonismus zwischen einer ‘rückwärtsgewandten’ Feudalaristokratie und einer ‘progressiven’ Bourgeoisie identifiziert. Letztere war in den Zwischenräumen des feudal-absolutistischen Regimes herangewachsen und fand sich nun in Widerspruch zu einer krisengeschüttelten Feudalwirtschaft im finalen Stadium, die der vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise im Wege stand. Zum *dritten* wurde eine zeitlich komprimierte, gewaltförmige und entschiedene Ergreifung der Staatsgewalt durch die Bourgeoisie, mithin ein rascher revolutionärer Schlag, unterstellt, d.h. eine kurze und intensive Periode zwischen Ausbruch und erfolgreicher Durchführung der Revolution. Zum *vierten* wurde angenommen, das revolutionäre Projekt bringe notwendigerweise die Beseitigung politischer Hindernisse für die Konsolidierung und Entfaltung des Kapitalismus und die Entstehung eines geeinten Nationalstaats mit sich, einschließlich eines nationalen Marktes, einer vormals nichtexistenten Sphäre des Öffentlichen und einer liberal-repräsentativen Demokratie. Mit anderen Worten: Der Begriff ‘bürgerliche Revolution’ war synonym mit dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Triumph der Bourgeoisie.

In Folge der revisionistischen Attacken gegen die ‘soziale Interpretation’ der Englischen und der Französischen Revolution (Cobban 1999, Taylor 1967, Furet 1981, Doyle 1999), erfuhr der klassische Begriff der ‘bürgerliche Revolution’ seit Mitte der 1980er Jahre einen umfassenden Bedeutungswandel. Die Reaktion auf den Revisionismus rief, allgemein gesprochen, zwei scharf unter-

schiedene Antworten innerhalb der marxistischen Tradition hervor. Die eine, verbunden mit der Orthodoxie, hielt am Konzept der bürgerlichen Revolution fest, während sie substanzielle Konzessionen in Bezug auf die empirische Konkretion machte (Hill 1980, 1981, Stone 1980, 1988, Anderson 1992, Blackbourn und Eley 1984, Evans 1987, Hobsbawm 1990, Callinicos 1989, Mooers 1991, Davidson 2003: 8ff). Die andere Antwort, die des Politischen Marxismus, verabschiedete den Begriff schließlich als eine marxistische Universalkategorie und re-interpretierte die empirisch gewonnenen Einwände auf der Basis einer neuen Klassenanalyse (Brenner 1989 und 1993, Wood 1991, 1995 und 2002, Comninel 1987, 2000a, 2000b, 2003).³

Die orthodoxe Umformulierung umfasst folgende Zugeständnisse. So wird, in Bezug auf die revolutionäre Praxis eine urbane, geschlossene und klassenbewusste Bourgeoisie nicht länger als die notwendige Trägerin des revolutionären Projekts angesehen. Die Definition der Klassen-Protagonisten kann sowohl die städtische als auch die ländlichen Kapitalisten einschließen; hinzutreten können Mitglieder der freien Berufe, der Intelligenz, des Beamtenstandes oder auch des 'Kleinbürgertums'. Tatsächlich ist es von sekundärer Bedeutung, wer genau die Revolution praktisch durchführt, solange die Bourgeoisie ihre hauptsächliche Nutznießerin ist. Des weiteren ist, in Bezug auf das historische Resultat, die Eroberung der Staatsmacht durch die Bourgeoisie nicht länger ein unabdingbarer Wesenszug 'bürgerlicher Revolution'. Der postrevolutionäre Staat kann mit verschiedenen Staatsformen kompatibel sein, vom Bonapartismus und 'aufgeklärten Absolutismus' auf der einen Seite des Spektrums bis hin zur konstitutionellen Monarchie und zur Republik auf der anderen (einschließlich des etwaigen Überlebens vor-revolutionärer Eliten). In dieser reformulierten orthodoxen Konzeption ziehen 'bürgerliche Revolutionen' nicht länger notwendigerweise 'bürgerliche Staaten' nach sich. Die Ausgestaltung des nach-revolutionären Staats ist nicht determiniert. Auch wirtschaftshistorisch ist die vollständige Etablierung des Kapitalismus nicht länger vorhergesehen. Eine Kombination verschiedener Produktionsweisen ist möglich, wobei die kapitalistische früher oder später die 'dominante' wird. Und schließlich, bezogen auf die Dauer historischer Umwälzungen, können 'bürgerliche Revolutionen', anstatt in wenige Jahre der gewalttätigen Aktivität verdichtet zu sein, sich vielmehr über Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte hinziehen und dabei zahlreiche 'Momente der transformativen Konvulsion' aufweisen.

Im Großen und Ganzen hat es einen paradigmatischen Wechsel innerhalb des Mainstream-Marxismus gegeben: von einer episodalen 'zweckgerichteten' zu einer epochalen 'ergebnisorientierten' Neufassung des Begriffs 'bürgerliche Re-

3 Obwohl Heide Gerstenberger am Begriff der bürgerlichen Revolution festhält, ist ihr allgemeiner Erklärungsrahmen sehr viel näher am theoretischen Programm des Politischen Marxismus (Gerstenberger 1990 und 1991). Einige ihrer Differenzen zum Politischen Marxismus diskutiert sie in Gerstenberger (1992).

volution'. Geschichtliche Resultate, nicht Ursachen, Intentionen oder Handlungsagenten sind nunmehr von eigentlichem Interesse. Aber wie plausibel ist diese konzeptionelle Re-Definition? Denn: wenn dieses revidierte Konzept der 'bürgerlichen Revolution' die gesellschaftlichen Akteure der Revolution ebenso wie deren Resultate weitgehend unbestimmt lässt und den zeitlichen Rahmen der revolutionären Transformationen zunehmend erweitert, warum sollten wir an ihm festhalten als einer nahezu die gesamte moderne Geschichte überwölbenden Kategorie historischer Erklärung? Anders gesagt: Obwohl der Inhalt des Begriffs sich zunehmenden Auflösungstendenzen ausgesetzt sieht, halten viele Marxisten an seiner semantischen Hülle fest.

Probleme idealtypischer Begriffsbildung und vergleichender historischer Soziologie

Das eigentliche Problem der orthodoxen Reformulierung ist nicht eines der definitorischen Genauigkeit, sondern der Methode. Denn in diesem neuen Konzept der 'bürgerlichen Revolution' gibt es eine unausweichliche Spannung zwischen dem methodischen Anspruch, einen theoretischen Begriff zu konstruieren – einen reinen bzw. einen Idealtypus – und seiner Konfrontation mit der Vielfalt historischer Fälle, vor allem der englischen, französischen, deutschen und russischen Geschichte. Das führt entweder zu einer Entgrenzung und somit Verwässerung des Begriffs oder zur Degradierung historischer Fälle zu 'Varianten' – üblicherweise zu beidem. Aber wie viele 'Varianten' oder 'Ausnahmen' kann ein theoretisches Konstrukt aushalten? Das Dilemma verschärft sich in dem Maße, wie Historiker und Theoretiker gewahr werden, dass die meisten Varianten nicht nur von der angeblichen Norm abweichen und in diesem Sinne eine infinite Zahl von *Sonderwegen* hervorbringen, sondern dass jene designierte Norm selbst, nämlich die von 1789, ihrerseits den theoretischen Anforderungen des Konzepts nicht genügt. Aber ohne eine Norm als dem definierenden Vergleichsmaßstab sind Varianten keine Varianten (oder Ausnahmen), sondern einzigartige und alleinstehende Phänomene. Begriff und Geschichte treiben auf gegensätzliche Pole zu. Die Spannung radikalisiert sich zu einem offenen Widerspruch – zu einer Aporie.

Die Gründe für dieses theoretische Kentern entstammen direkt der Übernahme der komparativen Methode als adäquater Strategie der Begriffsbildung. Deren Prämisse ist, dass diskrete historisch-nationale Entwicklungspfade – 'abgeschlossene Entitäten' – als Einheiten des Vergleichs dienen. Während dies selten unumwunden in den Vordergrund gestellt wird, ist die marxistische Literatur zu bürgerlicher Revolution und Staatsformierung übersät mit forschungsorganisierenden Postulaten wie 'Parallelen zeichnen', 'Analogien finden' und 'Verlaufsmuster erarbeiten'. Der Ausdruck 'Entwicklungswege' lässt zwar die multi-lineare Natur von Übergängen zum Kapitalismus zu, offenbart aber

nichtsdestotrotz die stillschweigende Annahme von distinkten und unverbundenen Prozessen, die, mit kleinen Abweichungen, alle im Telos des nationalstaatlich gefassten Kapitalismus zusammenlaufen sollen – als ob Revolutionen vorherbestimmte Ereignisse seien, die früher oder später im Lebenszyklus der Nationen eintreten. Die axiomatische Idee ist, dass die Logik nationaler Entwicklungen wesentlich auf der Basis eines ‘internalistischen’ Verständnisses gesellschaftlicher Dynamik und somit in Absehung welthistorischer Trends rekonstruiert werden könne. Soziologie, so scheint es, sticht Geopolitik.

Aber diese theoretische Fixierung auf ausschließlich nationale Dynamiken und die sie begleitende Beschwörung der historischen Komparatistik scheitert auf fundamentale Weise darin, die Tatsache zu problematisieren, dass diese vielfältigen Wege zum Kapitalismus nicht parallel und in gegenseitiger Isolation verlaufen, weder chronologisch, noch sozio-politisch, noch geographisch. Vielmehr, um die Metapher zu strapazieren, ‘überkreuzen sie einander’ im weiter gefassten Kräftefeld des Internationalen. Und das hat entscheidende Implikationen für ein volles Verständnis ihrer spezifischen Ausprägungen. Zwischenationale Vergleiche bleiben natürlich instruktiv, aber wenn unsere Untersuchungen als Erkenntnisziel vorgeben, Uniformitäten zu identifizieren um somit das Konzept der ‘bürgerlichen Revolution’ abzusichern, während uns die historische Realität wiederholt Differenzen aufzeigt, dann sollte die idealtypische Konstruktion den Weg frei geben für eine radikal historisierende Herangehensweise an den großen internationalen Bogen der regional differenzierten Übergänge zum Kapitalismus.

Ein Gegenargument, das von der marxistischen Orthodoxie gegen Überverallgemeinerung vorgebracht wird, ist das Insistieren auf Zyklen der bürgerlichen Revolution. Zunächst hätte ein Zyklus der ‘klassischen bürgerlichen Revolutionen’ Holland (1572), England (1640), Amerika (1776) und Frankreich (1789) erfasst. Diese Revolutionen werden klassifiziert als ‘Revolutionen von unten’ gegen absolutistische Staaten, getragen von einer ‘breiten Koalition der Kleinproduzenten’. Sodann hätte ein Zyklus der ‘Revolution von oben’ in Deutschland und Italien die staatliche Einheit herbeigeführt, in Übersee den US-amerikanischen Bürgerkrieg (1861-65) und in Japan die Meiji-Restauration (1868), wo der „existierende Staatsapparat instrumentalisiert wurde, um die Hindernisse bürgerlicher Herrschaft zu beseitigen“ (Callinicos 1989: 116; siehe auch Davidson 2003: 9-15).

Ist das eine befriedigende Lösung? Bereits beim oberflächlichen Betrachten dieser zwei Zyklen drängt sich der Verdacht auf, dass sich Revolutionen nie in einem geopolitischen Vakuum ereignen, sondern dass ihre Ursachen, Verläufe und Konsequenzen immer bereits ko-konstituiert sind durch ihre Teilnahme an einem gemeinsamen Feld des ‘Internationalen’. In Bezug auf den ersten Zyklus waren die Holländische und die Amerikanische Revolution ausgelöst durch die fiskalischen Forderungen ihrer jeweiligen imperialen Herrscher, d.h.

der spanischen und der britischen Krone. Das führte zur Gründung der Holländischen Republik, festgeschrieben im Westfälischen Frieden, und später zur Konsolidierung der US-amerikanischen Unabhängigkeit. Eine der strukturellen Voraussetzungen und unmittelbaren Ursachen der französischen Revolution war die geopolitische Rivalität zwischen England und Frankreich, die auf dramatische Weise im für die Bourbonen-Könige desaströsen Siebenjährigen Krieg (1756-63) und in der französischen Beteiligung am Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775-83) zum Ausdruck kam. Was folgte, war die endgültige fiskalische Krise des Ancien Régime und die Einberufung der Generalstände im Jahre 1789. Ausländische Intervention, Napoleon und der Wiener Kongress folgten auf den Fuß.

In Bezug auf den zweiten Zyklus waren die gesellschaftshistorischen Entwicklungen in Deutschland direkt durch den Modernisierungsdruck im Zuge der napoleonischen Eroberung ausgelöst, was zur preußischen Reformära unter vom Stein und von Hardenberg, dem Zollverein und später dann zu den Einigungskriegen führte. Japan wurde nicht geöffnet durch die schwere Artillerie 'wohlfeiler Waren', sondern durch die Geschütze des Commander Perry (1853) und durch andere Schwadronen imperialistischer Mächte des Westens, die den Zugang zum japanischen Markt mit vorgehaltenem Gewehr erzwangen. Das moderne Italien wurde geschmiedet im Hexenkessel österreichischer und französischer Auslandsinterventionen.

Obwohl wir uns somit dem nähern, was die Verteidiger des Begriffs 'Revolution von oben' vor Augen haben, so müssen wir diesen Begriff doch zumindest dreifach einschränken: *erstens* waren die Transformationen weniger 'Revolutionen von oben', als vielmehr 'Revolutionen von außerhalb', vermittelt durch 'Revolutionen von oben'. *Zweitens* waren diese 'Revolutionen von oben' keine Reaktionen auf die transnationale Expansion des Weltmarktes, sondern in erster Linie geopolitische Reaktionen auf militärischen und diplomatischen Druck, der über das Staatensystem übertragen wurde. Die geopolitischen Erschütterungen zwangen jene Staaten, Strategien der sozialen Transformation zu schmieden, die es ihnen ermöglichen würden, durch die Reform ihrer militärisch-fiskalischen Systeme sich erfolgreich im Staatensystem zu positionieren. *Drittens*, ob der Kapitalismus eingeführt wurde (und in welcher Ausprägung) und welche Staatsform geschaffen wurde, hing entscheidend von der Konjunktion von Zeitpunkt und Form des geopolitischen Drucks ab und von den spezifischen politischen Strategien, die die Staatsklassen fähig waren zu entwerfen, aktivieren und schließlich angesichts des inländischen Klassenwiderstandes umzusetzen. In dieser Hinsicht scheint die Behauptung, dass existierende, und somit vor-kapitalistische Staatsklassen oder herrschende Klassen den Staat *von innen* restrukturierten, nicht plausibel zu sein, denn diese Neustrukturierung hätte die gesellschaftlichen Grundlagen ihrer ökonomischen Reproduktion und ihrer politischen Herrschaft unterminiert. Es ist fraglich,

ob diese vorkapitalistischen herrschenden Klassen angesichts außenpolitisch herbeigeführter nationaler Notlagen kollektiven Klassenselbstmord verübt hätten, indem sie auf ihre formidablen Kräfte des außerökonomischen Zwangs verzichteten. Deshalb halte ich es für überzeugender, dass der Nexus von externen Imperativen und internen Antworten, die vor dem Hintergrund national prä-existenter und individuell-konkreter Klassenkonstellationen formuliert wurden, den Schlüssel für das angemessene Verständnis der Diversität der Übergänge (oder Nicht-Übergänge) zum Kapitalismus liefert.

Die einzige (partielle) Ausnahme von diesem Muster international vermittelter Verursachung war wohl, wie ich weiter unten zeigen werde, der englische Bürgerkrieg und die sogenannte Glorreiche Revolution, obwohl auch dieser Fall in starkem, aber wie ich meine, nicht zentralem Maße vom strategischen Feld europäisch-dynastischer Geopolitik ko-determiniert war, wie die Konflikte im Umfeld der 'protestantischen Thronfolge' und des Kampfes seitens des Parlaments gegen kontinentale, absolutistische und katholisch-papsttreue Staaten oder das kontinentale Vermächtnis der 'Hannoveranischen Thronfolge' verdeutlicht.

Meine Kritik an der Ausblendung des Internationalen innerhalb marxistischer Versuche, den Begriff 'bürgerliche Revolution' beizubehalten und die Dynamiken der Staatsformierung zu überdenken, mag überzogen erscheinen. Perry Anderson behauptet z.B., dass „Revolutionen selbstverständlich historisch zueinander in Beziehung stehen“ und dass die „Reihenfolge ihrer Verbindungen sich in der Definition ihrer Unterschiede geltend macht. Deren Ordnung ist konstitutiv für ihre Struktur gewesen [...]. Jede Revolution war in gewissem Maße eine Bedingung oder Inspiration der nächsten“ (Anderson [1976] 1992: 116). Es bleibt jedoch festzuhalten, dass diese und ähnliche Aussagen, anstatt irgendeine Aussicht auf eine befriedigende theoretische Formulierung dieser scharfsinnigen Beobachtung zu bieten, lediglich das ungeheure Ausmaß der intellektuellen Herausforderung konstatieren und keinen Zweifel an der Kohärenz des Begriffs 'bürgerliche Revolution' als einer allgemeinhistorischen Kategorie zu hegen scheinen. Während die sukzessive, kumulativ verbundene und international vermittelte Natur der 'bürgerlichen Revolutionen' konzediert wird, spürt man doch eine deutliche Zurückhaltung, von der Ad-hoc-Annahme der kontingenten Rolle des Internationalen zu einer Reflexion darüber überzugehen, wie das Problem des Internationalen systematisch in die marxistische Gesellschaftstheorie integriert werden kann, und wie eine theoretisch kontrollierte Rekonstruktion der historischen Dynamik europäischer und globaler Entwicklung auszusehen hätte, die das Internationale im Zentrum der Analyse platziert und nicht als einen Nachgedanken der eigentlichen Analyse hinterherhinken lässt. Denn es ist ein fundamentaler Unterschied, ob man die komparative Methode kurzzeitig suspendiert, indem man auf Hilfhypothesen über die temporäre Bedeutung des Internationalen rekurriert, oder ob man ei-

nen generellen und systematischen Versuch unternimmt, das Internationale von Anfang an zu einer konstitutiven Komponente einer jeden Geschichts- und somit auch Revolutionstheorie zu erheben.

Politischer Marxismus und die Kritik des 'Bourgeoisie-Paradigmas'

Eine weitaus vielversprechendere marxistische Antwort auf die revisionistische Kritik des Begriffs der 'bürgerlichen Revolution' ist in den letzten drei Jahrzehnten vom sogenannten Politischen Marxismus erarbeitet worden.⁴ Vier Argumente sind dabei von entscheidender Bedeutung.⁵

Zum *ersten* ist der Kapitalismus kein Phänomen, das zwangsläufig – auf teleologischem oder techno-deterministischem Wege – aus den Widersprüchen der gemeinsamen europäischen Geschichte des mittelalterlichen Feudalismus hervorgeht. Vielmehr entstand der Kapitalismus in einem höchst spezifischen soziopolitischen Kontext im spätmittelalterlichen und frühmodernen England, und zwar als unbeabsichtigte Konsequenz des Klassenkonflikts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten (Grundherren und Bauern) im agrarischen Sektor. Weder die allgemeine Krise des Feudalismus des 14. und 15. Jahrhunderts, noch das erneute Aufblühen der Städte im 12. und 16. Jahrhundert, noch die Handelsrepubliken der italienischen Renaissance oder die 'europäischen Entdeckungen' resultierten im mehr oder weniger gesamteuropäischen Triumph des Kapitalismus.⁶

Zweitens kann Kapitalismus weder transhistorisch als rationale ökonomische Handlung auf Grundlage des subjektiven Gewinnstrebens definiert werden, wie Max Weber meinte⁷, noch ist er einfach profitorientiertes und über lokalen, zwischenstädtischen oder Fernhandel abgewickelter Wirtschaften nach der Maxime 'billig einkaufen, um teuer zu verkaufen', wie es die Braudel-Wallerstein-Tradition behauptet (Braudel 1986: 237-72, 437-75, 639ff, Wallerstein 1979). Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Per-

4 Der Ausdruck wurde zuerst pejorativ von Guy Bois ([1978] 1985: 115) in seiner Erwiderung auf Robert Brenners ursprünglichen Beitrag (1976) zur Feudalismus-Debatte gebraucht, scheint aber mittlerweile als angemessene Bezeichnung allgemein akzeptiert zu sein. Eine bilanzierende Besprechung des Bois'schen Werkes liefert Teschke (1997).

5 Siehe neben der oben genannten Literatur, insbesondere Brenner (1977, 1983, 1985b).

6 Die Debatte über den Übergang zum Kapitalismus ist jüngst in der Mainstream-Geschichtswissenschaft und der historischen Soziologie wiederaufgenommen worden (vgl. Emigh 2004).

7 Bekanntlich sind Webers Definitionen des Kapitalismus kaum aufrechtzuerhalten und lassen sich nur schwer miteinander in Einklang bringen, da sie hin- und hergleiten zwischen einem Verständnis des Kapitalismus als einer spezifischen, profitorientierten Wirtschaftsmentalität, als einer besonderen unternehmerischen Organisationsform und schließlich als eines gesellschaftlichen Verhältnisses zwischen Kapital und freier Arbeit. Alle drei Typen durchlaufen bei Weber eine Entwicklung von der Antike bis hin zum 'modernen Westen' und verzeichnen innerhalb einer allgemeinen Geschichtsphilosophie Momente der fortschreitenden Rationalisierung, die sich schließlich in zunehmend ausdifferenzierten gesellschaftlichen Sphären vervollkommen. Siehe Weber ([1920] 1988: 1-16), Weber ([1922] 1972: 59-60, 73-74, 95-96).

sonen, in welchem alle 'Produktionsfaktoren', einschließlich der Arbeitskraft, zur Ware geworden sind und wo die Güterproduktion zwecks Austausch marktabhängig und marktreguliert geworden ist. Dieses Verhältnis ist politisch konstituiert und keineswegs ein rein ökonomisches. Auf dieser Grundlage bedeutet Kapitalismus nicht einfach Produktion für den Markt, sondern wettbewerbsorientierte Reproduktion vermittels des Marktes, auf Grundlage eines Eigentumsregimes, in welchem eigentumslose Produzenten gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen. Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Reproduktionsmitteln und ihre Unterwerfung unter Kapitalverhältnis beinhaltet den Zwang zu marktförderiger Reproduktion durch den Verkauf von Arbeitskraft gegen Lohn. Dieses gesellschaftliche System hat eine einzigartige Dynamik, die von Wettbewerb, Ausbeutung und Akkumulation angetrieben ist.

Drittens müssen wir die beiden Seiten des Begriffspaars Bourgeoisie-Kapitalismus radikal voneinander trennen. Wenn der Kapitalismus nicht einfach städtischer Handel auf erweiterter Stufenleiter ist, so können wir nicht davon ausgehen, dass eine stadtgebundene Klasse von 'Bürgern' (oder gar eine Klasse von Kaufleuten und Financiers) die notwendigen Träger des kapitalistischen Projekts sind. Eine nicht-kapitalistische Bourgeoisie ist ebenso möglich wie eine kapitalistische Aristokratie.

Viertens sollte die Englische und die Französische (wie viele andere) Revolutionen nicht weiter unter den gemeinsamen Nenner 'bürgerliche Revolution' subsumiert werden. Die Angleichung Frankreichs und Englands als zwei Varianten eines Weges zur Moderne, wobei die erstere politische Zentralisierung etwas früher erreicht, dabei aber in der ökonomischen Entwicklung hinterherhinkt, und die letztere ökonomisch frühreif ist, jedoch politisch Aufholbedarf hat, muss zurückgewiesen werden. Vielmehr sollte die jeweilige Natur der Französischen und Englischen Revolution in die respektive Spezifik der langfristigen Dynamiken ihrer scharf voneinander abweichenden Klassenverhältnisse und der Gestaltungswege der Staatsbildung seit dem Mittelalter eingebettet werden.

Im Verständnis des Politischen Marxismus dreht sich der ausschlaggebende englische Klassenkonflikt um die Macht im Staate im 17. Jahrhundert nicht um den Kampf zwischen einer städtischen, kapitalistischen und fortschrittlichen Bourgeoisie und einer mit der Krone verbündeten reaktionären grundherrschaftlichen Aristokratie. Im Gegenteil, die Klassenausensetzung bestand in Konflikten zwischen einer nunmehr grundbesitzenden und *kapitalistischen* Aristokratie, zeitweilig unterstützt von einer neu entstandenen Klasse der primär in Amerika aktiven 'interloper merchants', und einer reaktionären Klassenallianz von großen monopolistischen Kaufleuten, überlebenden Feudalmagnaten und Königtum. Dieser Konflikt kulminierte in der Glorreichen Revolution und der Machtergreifung seitens der kapitalistischen Aristokratie, die die Monarchie zur 'Crown-in-Parliament' degradierte. Und es war diese Entwicklung

der englischen Gesellschaft – meilenweit entfernt von der klassischen Idee der ‘bürgerlichen Revolution’ –, aus der das hervorging, was Ellen Wood die „ursprüngliche Kultur (*pristine culture*) des Kapitalismus“ nennt (Wood 1991). Mittlerweile ist man auch in Bezug auf den französischen Fall darin gescheitert, mit überzeugenden Gründen einer kapitalistischen Bourgeoisie eine Feudalaristokratie samt absolutistischem Herrscher gegenüberzustellen. Auf dem Weg zu 1789 waren die Klassenunterschiede zwischen der Bourgeoisie und der Aristokratie verwischt, insofern Mitglieder beider Klassen ihren Reichtum größtenteils aus Ländereien und lukrativen Staatsämtern schöpften. Aber das Einkommen aus diesen Ländereien setzte sich im 18. Jahrhundert primär aus Formen vorkapitalistischer Teilpacht zusammen und war nicht eine Frucht der direkten Kontrolle über die Produktion. Außerdem reproduzierten sich die Mitglieder beider Klassen durch Gebühren und Abgaben, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Amtsträger zufließen, durch Investitionen in Staatsanleihen und schließlich durch königliche Freigiebigkeit. Es war der Wettbewerb um den Zugang zu Staatsämtern, der die Französische Revolution auslöste, die zunächst die Form eines Konflikts innerhalb der herrschenden Klasse annahm. Ein Konflikt zwischen Aristokraten und bürgerlichen, aber eindeutig nichtkapitalistischen Amtsträgern und Finanzrentiers; ein Konflikt um die Form des Staates. Der Effekt von 1789 war nicht die Etablierung des Kapitalismus, sondern die Zementierung eines vorkapitalistischen Agrarsektors, einschließlich der Konsolidierung bäuerlichen Besitzes und der Expansion des Staatsapparates als Pfründenpool bürgerlicher Karrieren (Comninel 1987). Zugespitzt: die Englische Revolution war zwar nicht bürgerlich, sie war aber kapitalistisch; die Französische Revolution war zwar bürgerlich, aber nicht kapitalistisch.

Diese Re-Interpretation stellt einen fundamentalen Durchbruch für den Marxismus dar. Allerdings geht dieser Durchbruch nicht weit genug. Denn während die Politischen Marxisten den Idealtypus des ‘Bourgeoisie-Paradigmas’, d.h. die vermeintlich notwendige Einheit von Bourgeoisie und Kapitalismus, erfolgreich aufgelöst und den Weg frei geräumt haben für eine Neuinterpretation der langfristigen Bifurkation der sozialen Dynamiken in England und Frankreich, die auch viele empirische Einwände des Revisionismus berücksichtigt, bleibt das Internationale nach wie vor als eine intervenierende Dimension soziopolitischer Transformation unter-theoretisiert. In diesem Sinne ist das volle Potenzial des Politischen Marxismus noch immer eingeschränkt durch die komparative Methode.⁸ Denn, wenn wir die frühmodernen Staatsformationen in

8 Woods jüngstes Werk (2003) bringt den internationalen Aspekten der Kapitalismusgeschichte sehr viel mehr Aufmerksamkeit entgegen, aber die theoretische Frage, wie die internationale Dimension in die Kernprämissen des Politischen Marxismus eingebaut werden kann und ob eine solche Inkorporation mit der früheren Betonung der komparativen Geschichte konfligiert, ist weder beantwortet noch direkt angesprochen.

England und Frankreich betrachten, sehen wir, dass beide nationalen Entwicklungspfade ko-determiniert sind von ihrer geopolitischen Einbettung in das Staatensystem und zwar am unmittelbarsten durch ihr bilaterales Verhältnis.

Die Hervorhebung des geopolitischen Kontextes von Revolutionen und verfassungsgeschichtlichen Entwicklungen ist ein zentraler Topos nicht-marxistischer Geschichtsforschung – von Otto Hintzes⁹ (Hintze 1902, 1907, 1913, 1931) Betonung des Machtstaates und der Staatenkonkurrenz, der den Diskurs der preußischen Schule des Historismus seit Leopold von Ranke's Diktum des 'Primats der Außenpolitik' (von Ranke 1833 u. 1836) beherrschte, über Theda Skocpol's tocquevilleanische Deutung der Französischen Revolution (Skocpol 1979) bis hin zur gegenwärtig dominierenden neo-weberianischen Orthodoxie innerhalb der historischen Soziologie.¹⁰ Diesen Ansätzen ist *mutatis mutandis* die Auffassung gemein, dass moderne Staatsbildung primär von der Dynamik militärischer Konkurrenz getrieben ist, die die Herrschenden dazu zwingt, die Mittel der Gewalt zu monopolisieren, zu zentralisieren und zu maximieren. In diesem Prozess rationalisieren Machthaber die staatliche Verwaltung, um durch die effizienteste Steigerung öffentlicher Einnahmen schlagkräftige militärische Kapazitäten zu sichern, was zur kompetitiven Selektion 'permanenter Kriegsstaaten' führt und zu einer europaweiten strukturellen Ähnlichkeit der Staatsinstitutionen. Diese Mechanismen konvergieren in der Verallgemeinerung des modernen Staates, der wesentlich als 'fiskal-militärische' Maschine und als Machtstaat definiert ist.¹¹

Die geschichtswissenschaftliche Rehabilitation der geopolitischen Rivalität bedeutet nun freilich keineswegs, dass der Marxismus dem neo-weberianischen Insistieren auf der Priorität und Autonomie des Geopolitischen folgen muss, und noch weniger der deutschen historischen Schule und ihrer Obsession mit dem Primat der Außenpolitik. Die Herausforderung an den Marxismus be-

9 Hintze hat, teilweise mit dezidiert anti-marxistischer Spitze, systematisch und sehr erhellend auf die Bedeutung der Staatenkonkurrenz für europäische Staatsbildungsprozesse hingewiesen. Seine methodologischen Überlegungen leiden aber zum einen daran, dass seine allgemeine vergleichende Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte letztendlich doch komparatistisch angelegt ist und keineswegs zu einem theoretischen Begriff der historischen Gesamtdynamik der Wechselwirkungen zwischen zwischenstaatlichen, staatlichen und innenpolitischen Kräften gelangt, und zum anderen daran, dass seine Studien nicht genügend auf die Sozialgeschichte rekurrieren und somit dem Staat zwar eine Abhängigkeit nach Außen, aber Autonomie nach Innen eingeräumt wird, vgl. Vierhaus (1983). So bleibt auch Hintzes Gesamtwerk durchzogen von der nie aufgelösten Spannung soziologisierend allgemeine Tendenzen der Staatsbildung zu rekonstruieren – mit dem expliziten Erkenntnisziel der Typenbildung – und gleichzeitig historisierend die jeweiligen individuellen Eigenarten zu akzentuieren. Allein, wenn Typ und Empirie identisch sind, kann es zu keiner Begriffs- oder Typenbildung kommen, vorausgesetzt dass Begriff oder Typ immer etwas Allgemeines abstrahieren soll.

10 Verwiesen sei hier auf drei exemplarische Beiträge, die die Rolle des Krieges bei der Staatsbildung hervorheben: Bonney (1995a), Ertman (1997), Contamine (2000).

11 Teschke (2003: 117–27) bietet eine Kritik der neo-weberianischen Orthodoxie innerhalb der historischen Soziologie.

steht vielmehr in der Integration des Geopolitischen als einer Dimension der gesellschaftlichen Reproduktion in eine umfassende Rekonstruktion der raumzeitlich differenzierten Expansion des Kapitalismus innerhalb des europäischen Staatensystems, das seinerseits nicht nur den territorial-geopolitischen Rahmen dieser Expansion bildete, sondern deren gesellschaftsgeschichtliche Ausrichtung überhaupt vermittelte (so wie auch umgekehrt die kapitalistische Dynamik die Veränderungen der territorialen Konfiguration des Staatensystems entscheidend mitbestimmte). Mit anderen Worten, wir müssen die national spezifische und diachrone, wenngleich kumulativ verbundene und international vermittelte Natur 'kapitalistischer Übergänge' im Rahmen der zwischen-gesellschaftlich ungleichmäßigen und geopolitisch kombinierten Entwicklung thematisieren.¹²

Postrevolutionäre Staatsformierung und die Rolle des Internationalen: Der Fall England

Der Ausgangspunkt für die uns hier interessierende internationale Ereigniskette der Vermittlung ist jenes Land, in dem der Kapitalismus, wie Robert Brenner so eindrucksvoll hat zeigen können, zuallererst und endogen sich herausbildete: England im 17. Jahrhundert. Denn hier entstand der Kapitalismus nicht nur erstmals auf nationaler Grundlage, sondern hier formierte sich, wenn auch nicht über Nacht, der erste moderne Staat im Tandem mit dem Kapitalismus. Es war dieses kapitalistische 'Kernland', das den europäischen und, später, weltweiten Entwicklungsläufen eine sehr spezifische Wendung gab – oder vielmehr: eine revolutionäre Beschleunigung (van der Pijl 1998).

Man mag der Behauptung, der englische Staat habe nach 1688 einen Modernisierungsprozess durchlaufen, widersprechen wollen, denn schließlich wurde über viele Jahrzehnte hinweg die kontinentale Staatsbildung, besonders in ihrer vorherrschenden absolutistischen Variante, gemeinhin als der bevorzugte Nährboden für den Aufstieg des modernen Staates gesehen. Es galt seit den Arbeiten von Georges Pagès (1946) und Roland Mousnier (1974) als unverbrüchliche Wahrheit, dass die unerbittliche Zentralisierung politischer Macht seitens absolutistischer Könige die idealtypischen Merkmale des modernen Staates schufen, wie Max Weber sie definierte: eine rationale Bürokratie, ein stehendes Heer unter staatlicher Kontrolle, ein zentralisiertes Steuersystem, die Weiterentwicklung des Römischen Rechts, die Vorstellung absoluter Souveränität usw. Im Gegensatz dazu war der frühmoderne englische Staat lange als ein schwacher Staat missachtet worden. Selbst der Ausdruck 'Staat' wurde für einen eigentlich unenglischen Begriff gehalten, der keinen Platz im politi-

12 Für eine erste Erkundung in dieser Richtung siehe Rosenberg (1996) und Teschke (2003: 249-70). Shilliam (2004) kritisiert die neo-gramscianische Theorie der internationalen Beziehungen aus der Perspektive der ungleichen und kombinierten Entwicklung.

schen Lexikon Englands habe. Die englische politische Theorie bevorzugte Begriffe wie Commonwealth, Parlament, Bill of Rights, Gewohnheitsrecht (*Common Law*) und bürgerliche Gesellschaft (*civil society*), um Form und Ort politischer Macht zu beschreiben, und unterstrich den Schutz des Privateigentums bei der Legitimierung politischer Autorität. Darüber hinaus betrachtete man das britische Staatswesen als schwach besteuert, unterfinanziert und mit einem im Vergleich zahlenmäßig zu kleinen Beamtenapparat ausgestattet – kurz gesagt: als das Muster eines liberalen Gemeinwesens. Die Literatur ist übersät mit Dualismen von ‘britischer Freiheit’ und ‘kontinentalem Despotismus’, ‘bürgerlicher Gesellschaft’ und ‘Staat’, ‘liberalem Subjekt’ und ‘politischem Kollektiv’ sowie dem Gegensatz von Lockes Gesellschaft von Privateigentümern und Rousseaus Allgemeinem Willen.

Diese Perspektive ist jedoch radikal revidiert worden und wurde seit Mitte der 1980er Jahre in gewisser Weise auf den Kopf gestellt. In Bezug auf Kontinentaleuropa sind die mittlerweile vorherrschenden revisionistischen Historiker des Absolutismus, Marxisten ebenso wie Nicht-Marxisten, dazu übergegangen, die königliche Macht zu ent-absolutieren (stellvertretend für die weit gestreute und umfangreiche revisionistische Literatur siehe Beik 1985, Kettering 1986, Mettam 1988, Hoffman 1994, Parker 1996, Asch und Duchhardt 1996, Swann 2003, zusammenfassend Beik 2005).

Die Betonung liegt nunmehr auf den Grenzen der modernisierenden und staatsrationalisierenden Anstrengungen der Könige. So wird das Ancien Régime Frankreichs als ein schwerfälliger, unreformierbarer und hoffnungslos ineffizienter vor-moderner Staat betrachtet, durchsetzt von Praktiken des Ämterkaufs, Patrimonialismus, Nepotismus und Pfründenwirtschaft. Die Rechte und Prerogative der historisch tief verwurzelten Institutionen – der *parlements*, der Provinzial-Ständeversammlungen und anderer Korporationen – wurden von der Krone routinemäßig bestätigt und ausgedehnt, um die Kooperation mächtiger regionaler und lokaler Eliten zu sichern, während diverse provinziale Gesetzkodizes und Gewohnheitsrechte alle Versuche der Rationalisierung überlebten.

In Bezug auf England ist die Debatte von der Brewer-These dominiert worden (Brewer 1989, Stone 1994). John Brewer argumentierte, dass England sich nach 1688 weniger in einen schwachen, liberalen Staat verwandelte, wie die Whig-Geschichtsschreibung lange behauptete, sondern sich vielmehr zu einem starken, ‘militär-fiskalischen’ Staat entwickelte. Der post-revolutionäre Staat war durch eine wachsende und zunehmend effiziente Fiskalbürokratie charakterisiert, die die Ressourcen abschöpfte, um die von den Militärausgaben angetriebene Kostenspirale zu finanzieren. Eine ‘Verwaltungsrevolution’ fegte über den Staat hinweg. Kernressorts der Regierung – die Ministerien für Finanzen, indirekte Steuern und Marine – verwandelten sich von patrimonialen zu modernen Bürokratien. Falls irgendein frühmodernes Staatswesen der Weberschen Definition des modernen Staates ähnelte, dann England im 18. Jahrhundert.

Was machen wir mit dieser historiographischen Inversion und wie ist sie mit dem Politischen Marxismus in Einklang zu bringen? Wenn wir erklären wollen, was sich wie ein Paradox ausnimmt, dann können wir nicht einfach erfolgreiche Staatsmodernisierung aus geopolitischen Imperativen ableiten, wie Brewer nahelegt (Brewer 1994: 56), ohne dabei Staatsentwicklungen an innergesellschaftliche Dynamiken und insbesondere an Eigentumsverhältnisse zurückzubinden. Denn der post-revolutionäre britische Staat war nur in der Lage auf den militärischen Wettbewerb so energisch und erfolgreich zu reagieren, weil er sich auf ein kapitalistisches Eigentumsregime stützen konnte, das die Ressourcen bereitstellte, um Kriege zu finanzieren, ohne die permanente Gefahr des Bankrotts und königlicher Zahlungsver säumnisse einzugehen, die so charakteristisch waren für Frankreich. Die einzigartige steuerpolitische Leistung des britischen Staatswesens beruhte auf der Selbstbesteuerung der kapitalistischen Aristokratie, so dass nicht nur das Besteuerungsniveau tragbar und die Steuer einziehung effektiv waren, sondern auch soziopolitisch weit weniger Konflikte nach sich zog als im absolutistischen Frankreich. Denn im Jahre 1688 waren der Krone ein Großteil ihrer souveränen Machtbefugnisse erfolgreich bestritten worden, was deutlich in der Formel 'King-in-Parliament' zum Ausdruck kommt. Es handelte sich dabei um einen politischen Sieg der weitgehend homogenen und relativ vereinten Klasse der Agrarkapitalisten. Der Agrarkapitalismus beruhte auf einem Eigentumsregime, in welchem die politischen Konflikte zwischen den Mitgliedern der herrschenden Klasse über die Verteilung der Rechte und Ansprüche politischer Akkumulation ersetzt wurden durch privatwirtschaftliche Formen ökonomischer Ausbeutung in der Produktionssphäre. Dieser Wechsel von personalisierten Formen der Herrschaft und Aneignung zu entpersonalisierten Formen schuf die formale (wenngleich nicht substanzielle) Scheidung des Ökonomischen vom Politischen. Markt und Staat, 'privat' und 'öffentlich' wurden zunehmend ausdifferenziert.

Es war diese neue Form der Souveränität, einer nicht mehr personal-dynastischen, sondern abstrakt nationalen Souveränität, die zu den begleitenden Neuerungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung führte – die fiskalische, die finanzielle und die militärische Revolution im Besonderen, inklusive der Gründung einer Nationalbank und des 'public debt' (Dickson 1967, Cain und Hopkins 1993: 58-84). Diese Kombination revolutionärer institutioneller Innovationen – Großbritanniens Seeüberlegenheit gepaart mit einem exzeptionellen Besteuerungssystem und einer öffentlichen Schuldenverwaltung, die auf eine sich selbst tragende kapitalistische Ökonomie gegründet waren – gab dem britischen Staat den in der vergleichenden Perspektive ausschlaggebenden *ökonomischen, fiskalischen und militärischen Vorteil* gegenüber seinen kontinentalen Rivalen.¹³ Die neo-weberianische Annahme einer zunehmenden euro-

13 Zwar wird auch von Historikern, die das geopolitische Wettbewerbs-Modell der Staatsbil-

paweiten strukturellen Ähnlichkeit der Staatsformen, die alle *à la longue* im Modell des fiskal-militärischen Staates zusammenlaufen, ist eine Oberflächenillusion, die sehr verschiedene gesellschaftliche Dynamiken verdeckt. Schließlich waren es diese innenpolitischen Dynamiken, die entschieden, welche Staaten das geopolitische Spiel kompetitiver Selektion überlebten und welche nicht.¹⁴ Allerdings können wir aus der erfolgreichen kapitalistischen Revolution nicht ohne weiteres die liberale und möglicherweise auch marxistische Vorstellung eines 'state lite' extrapolieren – auch nicht die einer 'ursprünglichen Kultur des Kapitalismus'. Denn diese Annahme lässt sich schlechterdings nicht bestätigen angesichts eines internationalen Kontexts, der den britischen Staat zwang, zwischen 75 und 85 Prozent der jährlichen Ausgaben in den Jahren 1680 bis 1780 auf die Armee, die Marine und die Tilgung kriegsbedingter Schulden zu verwenden (Brewer 1994: 57; siehe auch Bonney 1995b). Das bedeutet aber auch, dass wir gut daran tun, die Vektoren historischer Entwicklung nicht in Begriffen unidirektionaler Beeinflussung zu denken, die von Großbritannien auf die übrigen Länder ausgestrahlt hätte. Vielmehr gab es so etwas wie einen Zwei-Wege-Verkehr – eine Schlaufe geopolitischer Rückwirkung, die massiv die Architektur des britischen Staates mitformte: die Konstruktion einer militärischen Supermacht.

Aber wir müssen ebenso die sozialen Dynamiken der internationalen Umgebung Großbritanniens aufdecken und ihre Verdinglichung aufbrechen. Schließlich war dieses geopolitische Kräftefeld keineswegs eine 'naturegegebene Anarchie', auf die die sogenannten Realisten in der Disziplin der Internationalen Beziehungen nur allzu schnell bereit wären hinzuweisen.¹⁵ Vielmehr spielte sich die internationale Politik des 18. Jahrhunderts, wie ich in *The Myth of 1648* und an anderen Stel-

lung verfechten, mitunter der außergewöhnliche Charakter des britischen fiskal-administrativen Systems deutlich anerkannt, eine hinreichende Erklärung dieses Charakters bleibt aber in jedem Fall aus (O'Brien und Hunt 1999, O'Brien 2002, O'Brien 2003: 114–6, zuletzt Prados de la Escosura 2004).

- 14 In dieser Hinsicht versteht Balakrishnan mein Argument falsch. Während die frühmodernen europäischen Staatswesen in den Strudel der militärischen Rivalität gerissen wurden, und sich dabei alle dem gleichen Druck ausgesetzt sahen, um ihre politischen Institutionen funktional den geopolitischen Imperativen anzupassen, führte dies nicht zu einer gemeineuropäischen institutionellen Konvergenz der Staatsformen. Die länderspezifische Ausformung politischer Institutionen war nicht eine vereinheitlichende Anpassung an allgemeine, d.h. allen europäischen Staaten gemeinsame Funktionen, sondern funktionale Adäquatheit musste innerhalb verschiedener Staatsformen geschaffen werden, deren Bandbreite letztlich von verschiedenen Eigentumsverhältnissen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften bestimmt war. Frankreich und England waren sich im 18. Jahrhundert tatsächlich unähnlich in nahezu allen Dimensionen des Gesellschaftlichen, des Ökonomischen und der staatlich-politischen Verfasstheit (vgl. Balakrishnan 2004: 153).
- 15 Die orthodoxe Theorie internationaler Beziehungen verschreibt sich einer transhistorischen, aber bis zur Verblendung reduktionistischen Vorstellung des Machtausgleichs zwischen Staaten, die in einer als Anarchie aufgefassten internationalen Ordnung agieren. Für eine Neuauflage jüngerer Datums des Realismus siehe Mearsheimer (2001). Für eine weitestgehend überzeugende Kritik des Realismus aus marxistischer Perspektive siehe Rosenberg (1994).

len gezeigt habe, in einem 'mixed-actor system' ab, dominiert von absolutistischen Staaten, die ein systemisches Bedürfnis hatten, auf fortwährend expandierender Stufenleiter geopolitisch zu akkumulieren – also primär territorial –, bedingt durch die Strukturen ihrer vorkapitalistischen Eigentumsverhältnissen (Teschke 2003: 249-70, 2002, 2004). Hier blieb die Re-Investition der herrschenden Klasse in die Zwangsmittel, um 'innenpolitisch' Renten herauszupressen und 'außenpolitisch' zu plündern, die normale Strategie für erweiterte Reproduktion – was zu dem Phänomen des permanenten Kriegsstaates führte. Dieser institutionalisierte die gesellschaftlichen Imperative geopolitischer Akkumulation. Es war dieser vorkapitalistische Aspekt, der dem kontinentalen Staatensystem des 18. Jahrhunderts seinen über-militarisierten und bellizistischen Charakter verlieh.

Wie nun hat sich das post-revolutionäre Großbritannien auf diese feindliche internationale Umgebung eingestellt? Und wie hat es den Kapitalismus nach Kontinentaleuropa 'exportiert'? Die 'Glorreiche Revolution' hat nicht nur die Rationalisierung des englischen Staats eingeleitet, sie hat auch die britische Außenpolitik revolutioniert. Diese war durch einen Wechsel von dynastischer zu parlamentarischer Kontrolle gekennzeichnet, die nun nicht mehr von dynastischen Launen, sondern vom 'nationalen Interesse', also dem der 'landed elites', bestimmt war. Infolgedessen entwickelte das Parlament eine sehr distinktive 'duale Strategie der Außenpolitik', die einerseits auf aktivem Machtgleich gegenüber den kontinentalen Rivalen basierte (eine Politik, die vor allem von britischen 'Sicherheitsinteressen' bestimmt war), und andererseits auf unbegrenzter kommerzieller und kolonialer Expansion in Übersee – die sogenannte 'blue water policy' (Baugh 1988, Cain und Hopkins 1993: 86-101). Apropos Machtgleich: dass Großbritannien nunmehr die Waage in seiner Hand hielt, bedeutete, dass es sich vom kontinentalen dynastischen Spiel territorialer Geopolitik mit seinen endlosen Erbfolgekriegen, politischen Heiraten und dynastischen Unionen fernhielt. Britannien zog sich von direktem militärischen Engagement und territorialen Aspirationen auf dem Kontinent weithin zurück (die Hannoveranischen Stammländer in Deutschland wurden vom Parlament als eine Quelle permanenter Irritationen betrachtet) und begann fortan das Staatensystem mit den Mitteln rasch wechselnder Allianzen und monetärer Subventionen für kleinere Mächte zu regulieren; immer mit dem Ziel, jedweder kontinentalen – für gewöhnlich der französischen – Hegemonie entgegen zu steuern. Der Siebenjährige Krieg (1756-63) exemplifiziert auf ideale Weise die britische 'blue water strategy'. Während Großbritannien Preußen in seinem Kampf gegen Österreich, Frankreich und Russland finanziell stark unterstützte, besiegte es in Übersee die Franzosen und einverleibte Kanada, Florida, Louisiana und ehemals französische Territorien in Indien seinem expandierenden Kolonialreich. Kurz, Britannien begann aus der operativen Logik des Westfälischen Staatensystems auszuscheren und stattdessen dieses System per 'Fernsteuerung' zu lenken.

Ironischerweise ist es das Kerntheorem der realistischen Theorie internationaler Beziehungen, nämlich das Gleichgewicht der Mächte, das einer Neufassung bedarf – nicht als der zeitlose Regulator der aggressiven Strategeme zwischen den Großmächten, sondern als das spezifische Medium für die nicht-intendierte Expansion des Kapitalismus in ganz Europa während des 19. Jahrhunderts. Denn es war die Wahrung der Machtbalance, in der Tat also die Übernahme der Rolle der ausgleichenden Instanz, die Britannien in den Stand setzte, flexibel militärischen Druck auf die Kontinentalstaaten auszuüben. Im Gegenzug wurden die kontinentalen Staaten gezwungen, politische Gegenstrategien zu entwerfen, die ihre militärische Selbstbehauptung und fiskal-finanzielle Effizienz sicherten, um innerhalb des Staatensystems zu überleben. Aber diese Strategien lösten immer äußerst intensive politische Konflikte aus, sowohl innerhalb der herrschenden Klasse, als auch zwischen den Klassen; Auseinandersetzungen über die Umbildung des Staates und des Rearrangements der Klassenverhältnisse, insofern als entweder alte Formen der Steuerabschöpfung intensiviert wurden oder aber neue Besteuerungssysteme und Eigentumsverhältnisse eingeführt wurden, jeweils mit regional höchst spezifischen Resultaten. Im französischen Falle hat die britische Seeüberlegenheit und Machtbalancierung schließlich dazu geführt, das Gehäuse des französischen ‘Absolutismus’ und seiner vorkapitalistischen Reproduktionslogik zu sprengen. Und das ist die eigentliche Bedeutung des Siebenjährigen Krieges und des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, die den Weg hin zur Französischen Revolution pflasterten.¹⁶

Staatsformierung und die Rolle des Internationalen: Der Fall Frankreich

Wie äußerte sich der Nexus zwischen innergesellschaftlicher Dynamik und Geopolitik im Ancien Régime? Klassenverhältnisse hatten sich in Frankreich entlang einer vom englischen Fall sehr verschiedenen Entwicklungsbahn gestaltet. Spätmittelalterliche Klassenauseinandersetzungen über die Distribution des bäuerlichen Mehrprodukts hatten das feudale, auf der Abhängigkeit der Bauern von ihren Grundherren basierende Grundrenten-Regime zugunsten eines ‘absolutistischen’ Besteuerungs-Regimes ersetzt (Brenner 1985b, Gersten-

16 Erhellende Zahlen bezüglich der englisch-französischen Divergenzen in Hinblick auf Kriegsausgaben, öffentliche Verschuldung, Kosten der Schuldentilgung, Besteuerungsraten, Willfähigkeit der Steuerzahler, Zinsraten und Einnahme-Schulden-Proportionen finden sich bei Bonney (1995b: 336-45). Bonney schreibt die fiskalische Leistungsschwäche im vorrevolutionären Frankreich und sein wiederholtes Scheitern beim Reformieren des Staatshaushaltes ‘institutionellen Hindernissen’ zu, so als seien die Institutionen des Ancien Régime keine direkten Manifestationen bestimmter sozialer Interessen, die die spezifische Konfiguration relativ resistenter Eigentumsverhältnisse widerspiegeln, sondern nicht weiter spezifizierbare Gegebenheiten bar jeder sozialen Logik. Siehe auch Cain und Hopkins (1993: 64).

berger 1990). Bäuerliche Gemeinden profitierten vom Wettbewerb zwischen Monarchie und lokalen Adligen um das Mehrprodukt. Die Dorfgemeinden gewannen zunehmende Freiheiten und konnten monetär fixierte Erbpachten etablieren, deren Realwert mit fortschreitender Inflation zunehmend sank und somit die bäuerlichen Belastungen reduzierte. Ein Agrarkapitalismus entwickelte sich in Frankreich nicht, da weder Bauern, die unmittelbaren Zugang zu ihren Reproduktionsmitteln hatten und Subsistenzgemeinden bildeten, noch die oberen Klassen (adlige wie bürgerliche), die sich durch Grundrenten und Amtsausbeute reproduzierten, kapitalistischen Imperativen unterworfen waren. Mit dem Schwinden der alten feudalen grundherrschaftlichen Abhängigkeit und Mehrproduktaneignung wurde die Monarchie die zentrale Institution, die aus der Bauernschaft Einkünfte durch Besteuerung herauspressen konnte.

Die alte schwertragende Aristokratie (*noblesse d'épée*) wurde, vor allem während und nach der Krise des 17. Jahrhunderts, zunehmend 'domestiziert' und durch Ämterkäuflichkeit und andere Kanäle der Privilegierung in den sich formierenden Besteuerungs- und Beamtenstaat eingebunden, während zeitgleich ein neuer Amtadel (*noblesse de robe*) von der Krone gefördert wurde. Diese komplexen und *de facto* schwer regierbaren Formen der herrschaftlichen Kooperation von gegenseitig abhängigen, aber widerstreitenden Klassen bzw. Klassenfraktionen brachte über die Zeit einen instabilen und regional differenzierten *modus vivendi* zwischen den privilegierten Klassen und der Krone hervor. An die Stelle des Feudalismus, der einst auf der regional und lokal autonomen Gewalt einer kriegerischen Grundherrenklasse beruhte, war die Institutionalisierung aristokratischer Macht in Standesversammlungen und anderen repräsentativen Korporationen getreten, deren Machtfülle im Verhältnis zur Krone permanent neuverhandelt werden musste (Miller 2003 und 2004). Autonome Grundherrngewalt wich staatlich sanktionierten Privilegien. Der Feudalismus war tot, der Absolutismus hingegen konnte sich nie voll ausbilden (jedenfalls nicht in der orthodoxen Bedeutung des Begriffs).¹⁷ Um sich finanziell über Wasser zu halten und um die Amtsnobilität zu befrieden, verkauften oder versteigerten französische Monarchen öffentliche Ämter in immer größerer Zahl. Mit der Zeit wurden käufliche Ämter auf Dauer dem Besitz des Amtsinhabers einverleibt und als solcher auch weitervererbt. Ämter erhielten die Funktion einer privatisierten Einkunftsquelle. Die Krone verlor dadurch die Kontrolle über ihre fiskalische und finanzielle Verwaltung. Sie scheiterte darin, eine Zentralbank und ein öffentliches Kreditsystem einzurichten, so dass sie selbst gezwungen war, Kredite in Form kurzfristiger Anleihen zu extrem hohen Zinssätzen von einer Klasse reicher Financiers aufzunehmen, die ihrerseits oft rentenziehende Steuerpächter waren (Bonney 1999: 123-76).

So blieben die Ausbeutungsverhältnisse im ganzen Ancien Régime (und sogar

17 Für eine Interpretation feudaler (Geo-) Politik siehe Teschke (1998).

noch später) von politischen Konflikten bezüglich der Verteilung der Aneignungsmittel dominiert, wenn auch nun zumindest *de iure* in der Form staatlich sanktionierter Rechte und Privilegien. Die Besteuerung wurde zum Hauptschauplatz innergesellschaftlicher politischer Konflikte. Die Logik der politischen Akkumulation ruhte weiterhin auf personalisierten Praktiken der Herrschaftsausübung, die um die personalisierte Souveränität der Krone kreisten: *L'État, c'est moi!* Im Kontext dieses gesellschaftlichen Eigentumsregimes konnte eine formale Trennung des Politischen und des Ökonomischen, die das post-revolutionäre England nach 1688 charakterisierte, nicht durchgeführt werden. In ihren gesellschaftlichen Verhältnissen staatlicher Souveränität gingen England und Frankreich gänzlich verschiedene Wege.

Da im frühneuzeitlichen Frankreich die Logik der politischen Akkumulation intern intakt blieb, blieb auch die Außenpolitik durch die Logik der geopolitischen Akkumulation charakterisiert – d.h. durch die räuberische Anhäufung von Territorien und die politisch-militärische Monopolisierung von Handelsrouten – das Credo der merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Der normale Weg, um die Steuerbasis zu erweitern, bestand in der Gewinnung von Territorien und der Kontrolle über ihre besteuerebare Bevölkerung. Diese territorial-demographische (extensive) Besteuerungspraxis stand in scharfem Gegensatz zu den britischen (intensiven) Besteuerungsformen nach 1688 (zumindest den insulären, nicht aber den kolonialen). Da aber 'absolutistische' Souveränität in der Figur des Königs personalisiert wurde – da der König und nicht der Staat Träger der Souveränität war –, blieb die Krone auch verfangen in der 'westfälischen Logik' dynastischer Unionen durch königliche Heiratspolitik und ihre Erbfolgekriege. Krieg war infolgedessen endemisch: Territoriale Redistributionen waren eine Konstante frühmoderner internationaler Beziehungen.

Als ein Resultat dieser intern-externen Verschränkung war die französische Monarchie gezwungen, auf die künstliche Schaffung von mehr und mehr Amtsposten zurück zu greifen und diese dann zu verkaufen, um sich für jeden Krieg die nötigen Finanzen zu verschaffen. Im Endeffekt übertrug die Krone den Financiers und Steuerpächtern durch die quasi-hypothekarische Belastung die staatlichen Titel auf Surplusextraktion. Das führte zum 'byzantinischen' und hoffnungslos aufgeblasenen Charakter des französischen halb-privaten, halb-öffentlichen Staatsapparats und schloss jedweden 'Fortschritt' in Richtung auf eine moderne, rationalisierte und effiziente Bürokratie aus, die einen einheitlichen und landesweiten Steuerkodex hätte vollstrecken können. Zur selben Zeit musste die Bauernschaft immer höhere Steuerlasten tragen, so dass die agrarische Ökonomie – die wirtschaftliche Grundlage des Besteuerungssystems – weitgehend stagnierte und weiterhin den Rhythmen wirtschaftlich-demographischer Fluktuationen unterworfen blieb. Während also der Krieg die absolutistischen Ansprüche der französischen Monarchen gegenüber ihren Untertanen vermehrte, lähmte er gleichzeitig ihre langfristige und administra-

tive Herrschaftskapazität. Gefangen im Dilemma der militärischen Kostenspirale und der exzessiven Besteuerung der Bauernschaft (die Adligen erfreuten sich weitestgehend der Steuerfreiheit, die ihre Loyalität gegenüber der Monarchie sichern sollte), erlebte das vorkapitalistische Frankreich eine Reihe von schweren Haushaltskrisen. Es war diese nach unten gerichtete Spirale von Kriegsführung, künstlicher Schaffung von Ämtern, übermäßiger Besteuerung und exorbitanter königlicher Überschuldung samt der Unfähigkeit, die gemachten Anleihen der zunehmend unzufriedenen Klasse privater Financiers (sowohl adlige wie auch bürgerliche) zurückzuzahlen, die schließlich zu der verschärften Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klassen über die Form des französischen Staats und dann zur Französischen Revolution führte (Teschke 2003: 173ff).

Fazit: Zur Problematisierung des Internationalen

Komparative Zugänge zu bürgerlicher Revolution und moderner Staatsbildung neigen zur Unfähigkeit, soziale Transformation innerhalb von Staatswesen mit weltgeschichtlichen Trends zu verbinden. Auch wenn die historische Soziologie marxistischer Provenienz die Signifikanz des Internationalen anerkannt hat, so ist sie im Allgemeinen darin gescheitert, sich theoretisierend der *Problematik* welthistorischer Kontexte zu stellen, eben weil sie sich ein passives Verständnis des Geopolitischen zu eigen gemacht hat, in welchem die kausalen Auswirkungen geopolitischer Faktoren schlichtweg neutralisiert sind.

Die Perspektive, die ich hier und in *The Myth of 1648* entwickelt habe, versucht diesem Manko entgegenzutreten, indem sie die Theorie der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse mit dem Theorem der gesellschaftlich ungleichmäßigen und geopolitisch artikulierten Entwicklung kombiniert. Sie zeigt auf, wie das Entwicklungspotenzial von regional differenzierten Eigentumsregimes inter-regionale Ungleichzeitigkeiten hervorbringt, die sich in internationalen Druck umsetzen und soziopolitische Krisen in 'rückständigen' Gemeinwesen auslösen. Diese Krisen provozieren die tektonischen Erschütterungen von Gesellschaftsformationen und vertiefen die innerstaatlichen Verwerfungslinien im Rahmen regional vorgegebener Klassenkonstellationen - Prozesse, die zu Machtkämpfen innerhalb von und zwischen Staatswesen führen, die Klassenverhältnisse, territoriale Umfänge und Staatsformen neu verhandeln und transformieren. Diese gesellschaftlichen Konflikte resultieren in höchst spezifischen Kombinationen des Alten mit dem Neuen. Die Dynamiken innergesellschaftlicher Entwicklungspfade werden somit beschleunigt, ihre soziologische Zusammensetzung transformiert, und ihre Richtung wird in unvorhergesehener Weise abgelenkt, während ihre Resultate auf die internationale Szenerie zurückwirken. In jedem besonderen Fall haben innerstaatliche Eigentumsverhältnisse einen determinierenden Effekt darauf, wie verschiedene Gemeinwesen

in das zwischenstaatliche System eingefügt sind, wie sie ihre Außenpolitik betreiben und auf welche Weise sie auf externen Druck reagieren. Das Internationale manifestiert sich historisch als ein intervenierendes Moment innerhalb der Determination revolutionärer Ursachen, Entwicklungen und Ergebnisse. Die Bedingungen, unter denen dies geschieht, können verschiedener Natur sein: es kann sich um durch Kriege ausgelöste Revolutionen, um Interventionen, Subsidien, Mächtebalance, um Revolutions-Export oder um multilaterale Versuche handeln, mit denen der revolutionäre Staat in die Gemeinschaft der Staaten wiedereingegliedert werden soll. Die Dynamik internationaler Beziehungen kann aber auch die Prinzipien, nach denen die internationale Ordnung aufgebaut ist, schlechthin umwälzen.

Dieser dialektische intern-externe Nexus kann nicht auf die mechanische zwischen-gesellschaftliche Interaktion von sozialen und politischen Kräften reduziert werden. Vielmehr ist in die Analyse ebenso die wachsende Bedeutung von 'Systembewusstsein' zu integrieren, das die öffentliche Meinung und das Denken der politischen Machthaber durchzieht. Ein multilaterales kollektives Management des europäischen, und später, des globalen Staatensystems – Münster/Osnabrück 1648, Utrecht 1713, Wien 1815, Versailles 1919, San Francisco 1945, um nur ein paar fundamentale Meilensteine der Weltordnung zu nennen – entwickelte, implementierte und adaptierte Regeln und Normen für internationale Beziehungen. Das fügt der Geopolitik innerstaatlichen gesellschaftlichen Wandels eine weitere Dimension hinzu.

Die Perspektive, die Theorie gesellschaftlicher Eigentumsverhältnisse, wie sie vor allem vom Politischen Marxismus vertreten wird, mit der Vorstellung der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung zu verbinden, verspricht sowohl die Fallstricke der komparativen Methode, in welcher internationale Ereignisse gegenüber dem explanatorischen Kern 'extern' und 'kontingent' sind, als auch den Trugschluss der am Primat der Außenpolitik orientierten Ansätze zu vermeiden, die bei ihrer Analyse der geopolitischen Konkurrenz größtenteils von den gesellschaftlichen Dynamiken innerhalb der jeweiligen Gesellschaften absehen. Während diese Perspektive mit (theoretisch unplausiblen und empirisch unhaltbaren) deterministischen und teleologischen Geschichtskonzeptionen bricht, inkorporiert sie auf systematische Weise die multilineare, international verflochtene Entwicklung der länderspezifischen Ausformung in die theoretisch kontrollierte historische Rekonstruktion. Während das gewiss bedeutet, dass ein stabiler Begriff der 'bürgerlichen Revolution', der übernationale Gültigkeit beansprucht, nicht weiter haltbar ist, so bedingt die Erkenntnis der vielfältigen 'Sonderwege' der Staatsformation jedoch nicht ein intellektuell heilloses Insistieren auf Kontingenz oder eine Rückkehr zu 'empiristischem' Historismus. Vielmehr bleibt sie einer totalisierenden Perspektive verhaftet, in welcher das 'Internationale' nicht einfach nur die größtmögliche 'Analyse-Einheit', sondern eine 'differenzierte Totalität' und einen dynami-

schen Modus der Koexistenz darstellt, der nationalen 'Besonderheiten' Rechnung trägt. Geschichte verläuft nicht deterministisch; dennoch ist sie voll von Determinationen.

Indem wir die Logik des historischen Prozesses, durch welchen verschiedene Gesellschaften im Lauf der Zeit in den dualen Wirkkreis des Staatensystems und des kapitalistischen Weltmarkts hineingezogen wurden (freilich nicht ohne auf dieses doppelte System in je spezifischer Weise zu reagieren), in unserem Analyserahmen mit aufnehmen, eröffnen wir uns die Möglichkeit, die Entwicklung des Kapitalismus durch ein territorial fragmentiertes internationales Feld hindurch zu historisieren, um durch dessen prismengleiche Brechungen den institutionellen Variationen des Kapitalismus in besonderen nationalen Anordnungen Rechnung zu tragen. Auf diese Weise können die spezifischen Entwicklungsbahnen (ihre Ausrichtung, ihr Tempo) und die jeweilige Form eines jeden Staates innerhalb des modernen zwischenstaatlichen System besser begriffen werden. Aber das Forschungsprogramm des 'geopolitischen Marxismus' ist nicht die Geschichte der Expansion des seit langem untergegangenen Westfälischen Systems, das der anglo-amerikanischen Disziplin der Internationalen Beziehungen nach wie vor als Grundnorm der modernen Staatenordnung gilt. Es ist die Geschichte der geopolitisch vermittelten und territorial gebrochenen Ausdehnung des Kapitalismus im weltweiten Maßstab, und gleichermaßen die Geschichte des weltweiten Widerstands gegen diese kapitalistische Weltordnung. In diesem Sinne ist das Forschungsprogramm des hier vertretenen geopolitischen Marxismus, das ich vornehmlich im Rekurs auf die frühmoderne Geschichte Westeuropas entwickelt habe, keineswegs auf die Debatte über frühneuzeitliche Revolutionen beschränkt, sondern zu erweitern auf die Diskussionen um Imperialismus, Globalisierung und Neo-Imperialismus.

Aus dem Englischen übersetzt von Alexis Petrioli

Literatur

- Anderson, Perry 1992 [1976], 'The Notion of Bourgeois Revolution', in *English Questions*, London: Verso.
- Asch, Ronald and Heinz Duchhardt (eds.) 1996, *Der Absolutismus – ein Mythos? Strukturwandel Monarchischer Herrschaft in West- und Mitteleuropa (ca. 1550-1700)*, Köln: Böhlau.
- Aston, Trevor Henry and Charles Harding English Philpin (eds.) 1985, *The Brenner Debate: Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Balakrishnan, Gopal 2004, 'The Age of Warring States', *New Left Review*, II, 26: 148-60.
- Baugh, Daniel A. 1989, 'Great Britain's Blue-Water Policy, 1689-1815', *International History Review*, 10:1, 33-58.
- Beik, William 1985, *Absolutism and Society in Seventeenth-Century France: State Power and Provincial Aristocracy in Languedoc*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Beik, William 2005, 'The Absolutism of Louis XIV as Social Collaboration', *Past and Present*, 188: 195-224.

- Blackbourn, David and Geoff Eley 1984, *The Peculiarities of German History: Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany*, Oxford: Oxford University Press.
- Bois, Guy 1985 [1978], 'Against the Neo-Malthusian Orthodoxy', in Aston and Philpin (eds.).
- Bonney, Richard (ed.) 1995a, *Economic Systems and State Finance*, Oxford: Clarendon Press.
- Bonney, Richard 1995b, 'The Eighteenth Century II. The Struggle for Great Power Status and the End of the Old Fiscal Regime', in Bonney (ed.) 1995a.
- Bonney, Richard 1999, 'France, 1494-1815', in *The Rise of the Fiscal State in Europe, c.1200-1815*, edited by Richard Bonney, Oxford: Oxford University Press.
- Braudel, Fernand 1986, *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts*, Bd. 2: *Der Handel*, übers. aus dem Franz. von Siglinde Summerer u. Gerda Kurz, München 1986. (Originaltitel: *Civilisation, économie et capitalisme: XVe - XVIIIe siècle*, Bd. 2: *Les jeux de l'échange*, Paris 1979.)
- Brenner, Robert 1985a [1976], 'Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europa', in Aston and Philpin (eds.) 1985.
- Brenner, Robert 1977, 'The Origins of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism', *New Left Review*, 1, 104: 25-92.
- Brenner, Robert 1983, 'Das Weltssystem: Theoretische und Historische Perspektiven', in *Perspektiven des Weltsystems: Materialien zu Immanuel Wallerstein, „Das Moderne Weltssystem“*, edited by Jochen Blaschke, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Brenner, Robert 1985b, 'The Agrarian Roots of European Capitalism', in Aston and Philpin (eds.) 1985.
- Brenner, Robert 1989, 'Bourgeois Revolution and Transition to Capitalism', in *The First Modern Society: Essays in English History in Honour of Lawrence Stone*, edited by A.L. Beier, David Cannadine, and James M. Rosenheim, Cambridge: Cambridge University Press.
- Brenner, Robert 1993, *Merchants and Revolution: Commercial Change, Political Conflict, and London's Overseas Traders, 1550-1653*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Brewer, John 1989, *The Sinews of Power: War, Money and the English State 1688-1783*, New York: Alfred Knopf.
- Brewer, John 1994, 'The Eighteenth-Century British State: Contexts and Issues', in *An Imperial State at War: Britain from 1689-1815*, edited by Lawrence Stone, London: Routledge.
- Cain, P.J. and A.G. Hopkins 1993, *British Imperialism: Innovation and Expansion, 1688-1914*, London: Routledge.
- Callinicos, Alex 1989, 'Bourgeois Revolutions and Historical Materialism', *International Socialism Journal*, 42: 113-71.
- Cobban, Alfred 1999 [1964], *The Social Interpretation of the French Revolution*, Second Edition, Cambridge: Cambridge University Press.
- Comninel, George 1987, *Rethinking the French Revolution: Marxism and the Revisionist Challenge*, London: Verso.
- Comninel, George 2000a, 'English Feudalism and the Origins of Capitalism', *Journal of Peasant Studies*, 27, 4: 1-53.
- Comninel, George 2000b, 'Marx's Context', *History of Political Thought*, 221, 3: 467-83.
- Comninel, George 2003, 'Historical Materialist Sociology and Revolutions', in *Handbook of Historical Sociology*, edited by Gerard Delanty and Engin F. Isin, London: Sage.
- Contamine, Phillipe (ed.) 2000, *War and Competition between States*, Oxford: Clarendon Press.
- Davidson, Neil 2003, *Discovering the Scottish Revolution, 1692-1746*, London: Pluto.
- Dickson, Peter 1967, *The Financial Revolution in England: A Study in the Development of Public Credit, 1688-1756*, London: Macmillan.
- Doyle, William 1999 [1980], *Origins of the French Revolution*, Third Edition, Oxford: Oxford University Press.
- Emigh, Rebecca 2004, '[The] Transition(s) to Capitalism(s)?: A Review Essay', *Comparative Studies in Society and History*, 46, 1: 188-98.
- Ertman, Thomas 1997, *Birth of the Leviathan: Building States and Regimes in Medieval and Early Modern Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Evans, Richard J. 1987 [1985], 'The Myth of Germany's Missing Revolution', in *Rethinking German History: Nineteenth Century Germany and the Origins of the Third Reich*, edited by Richard J. Evans, London: Harper Collins.
- Furet, François 1978, *Penser la Révolution Française*, Paris: Gallimard.

- Gerstenberger, Heide 1990, *Die Subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung Bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gerstenberger, Heide 1991, '„Bürgerlicher Staat“ - Thesen zu einem fast schon vergessenen theoretischen Konzept', *Leviathan*, 3: 452-71.
- Gerstenberger, Heide 1992, 'The Bourgeois State Form Revisited', in *Open Marxism, Vol. I: Dialectics and History*, edited by Werner Bonefeld, Richard Gunn, Kosmas Psychopedis, London: Pluto.
- Hill, Christopher 1940, *The English Revolution 1640*, (third edition 1955), London: Lawrence.
- Hill, Christopher 1980, 'A Bourgeois Revolution?', in *Three British Revolutions: 1641, 1688, 1776*, edited by J.G.A. Pocock, Princeton: Princeton University Press.
- Hill, Christopher 1981, 'Parliament and People in Seventeenth-Century England', *Past & Present*, 92: 100-24.
- Hintze, Otto 1902, 'Staatenbildung und Verfassungsentwicklung', in *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hgg. v. Gerhard Oestreich, 3. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, 34-51.
- Hintze, Otto 1907, 'Imperialismus und Weltpolitik', in *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hgg. v. Gerhard Oestreich, 3. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, 457-69.
- Hintze, Otto 1913, 'Machtpolitik und Regierungsverfassung', in *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hgg. v. Gerhard Oestreich, 3. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, 424-56.
- Hintze, Otto 1931, 'Wesen und Wandlung des Modernen Staates', in *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hgg. v. Gerhard Oestreich, 3. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, 470-96.
- Hobsbawm, Eric 1962, *The Age of Revolution: Europe, 1789-1848*, London: Weidenfeld.
- Hobsbawm, Eric 1990 [1989], 'The Making of a „Bourgeois Revolution“', in *The French Revolution and the Birth of Modernity*, edited by Ferenc Fehér, Berkeley: University of California Press.
- Hoffman, Philip T. 1994, 'Early Modern France, 1450-1700', in *Fiscal Crises, Liberty, and Representative Government, 1450-1789*, edited by Philip T. Hoffman and Kathryn Norberg, Stanford: Stanford University Press.
- Kettering, Sharon 1986, *Patrons, Brokers and Clients in Seventeenth Century France*, Oxford: Oxford University Press.
- Mearsheimer, John 2001, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York: Norton & Company.
- Mettam, Roger 1988, *Power and Faction in Louis XIV's France*, Oxford: Blackwell.
- Miller, Stephen 2003, 'Absolutism and Class at the End of the Old Regime: The Case of Languedoc', *Journal of Social History*, 36, 4: 871-98.
- Miller, Stephen 2004, 'Revolutionary Politics in France, 1788-91: The Case of Languedoc', *European History Quarterly*, 34, 4: 443-74.
- Mooers, Colin 1991, *The Making of Bourgeois Europe: Absolutism, Revolution and the Rise of Capitalism in England, France and Germany*, London: Verso.
- Mousnier, Roland (1974), *Les Institutions de la France sous la Monarchie Absolue, 1598-1789*, Paris.
- O'Brien, Patrick and Philip A. Hunt 1999, 'England, 1485-1815', in *The Rise of The Fiscal State in Europe, c.1200-1815*, edited by Richard Bonney, Oxford: Oxford University Press.
- O'Brien, Patrick 2002, 'Fiscal Exceptionalism: Great Britain and its European Rivals from Civil War to Triumph at Trafalgar and Waterloo', in *The Political Economy of British Historical Experience: 1688-1914*, edited by Donald Winch and Patrick O'Brien, Oxford: Oxford University Press.
- O'Brien, Patrick 2003, 'The Myth of Anglophone Succession: from British Primacy to American Hegemony', *New Left Review*, II, 24: 113-34.
- Pagès, Georges (1932), *La Monarchie d'Ancien Régime en France (de Henri IV à Louis XIV)*, 2. Auflage, Paris: Armand Colin.
- Parker, David 1996, *Class and State in Ancien Régime France: The Road to Modernity?*, London: Routledge.
- Prados de la Escosura, Leandro (eds.) 2004, *Exceptionalism and Industrialisation: Britain and its European Rivals, 1688-1815*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosenberg, Justin 1994, *The Empire of Civil Society: A Critique of the Realist Theory of International Relations*, London: Verso.

- Rosenberg, Justin 1996, 'Isaac Deutscher and the Lost History of International Relations', *New Left Review*, 1, 215: 3–15.
- Shilliam, Robert 2004, 'Hegemony and the Unfashionable Problematic of „Primitive Accumulation“', *Millennium: Journal of International Studies*, 32, 1: 59–88.
- Skocpol, Theda 1979, *States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia and China*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Soboul, Albert 1962, *The French Revolution, 1787–1799: from the Storming of the Bastille to Napoleon*, Paris: Editions Sociales.
- Stone, Lawrence 1980, 'The Results of the English Revolutions of the Seventeenth Century', in *Three British Revolutions: 1641, 1688, 1776*, edited by J.G.A. Pocock, Princeton: Princeton University Press.
- Stone, Lawrence 1988 [1985], 'The Bourgeois Revolution of Seventeenth-Century England Revisited', in *Reviving the English Revolution: Reflections and Elaborations on the Work of Christopher Hill*, edited by Geoff Eley and William Hunt, London: Verso.
- Stone, Lawrence (ed.) 1994, *An Imperial State at War: Britain from 1689–1815*, London: Routledge.
- Swann, Julian 2003, *Provincial Power and Absolute Monarchy: The Estates General of Burgundy, 1661–1790*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Taylor, George V. 1967, 'Noncapitalist Wealth and the Origins of the French Revolution', *American Historical Review*, 72, 7: 469–96.
- Teschke, Benno 1997, 'The Significance of the Year 1000', *Historical Materialism: Research in Critical Marxist Theory*, 1: 196–202.
- Teschke, Benno 1998, 'Geopolitical Relations in the European Middle Ages: History and Theory', *International Organization*, 52, 2: 325–58.
- Teschke, Benno 2001, 'Geopolitik', in *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus: Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat*, 5. Band, hrsg. von Wolfgang-Fritz Haug, Hamburg: Argument-Verlag, 322–34.
- Teschke, Benno 2002, 'Theorising the Westphalian System of States: International Relations from Absolutism to Capitalism', *European Journal of International Relations*, 8, 1: 5–48.
- Teschke, Benno 2003, *The Myth of 1648: Class, Geopolitics and the Making of Modern International Relations*, London: Verso.
- Teschke, Benno 2004, 'The Origins and Evolution of the European States-System', in *Ordering the International: History, Change and Transformation*, edited by William Brown, Simon Bromley and Suma Athreye, London/Ann Arbor: Pluto.
- van der Pijl, Kees 1998, 'The Lockean Heartland in the International Political Economy', in *Transnational Classes and International Relations*, edited by Kees van der Pijl, London: Routledge.
- Vierhaus, Rudolf (1983), 'Otto Hintze und das Problem der vergleichenden europäischen Verfassungsgeschichte', in *Otto Hintze und die Moderne Geschichtswissenschaft*, hrsgg. v. Otto Büsch und Michael Erbe, Berlin: Colloquium Verlag, 95–110.
- von Ranke, Leopold 1916 [1833], *Die großen Mächte*, neu hg. v. Friedrich Meinecke, Leipzig.
- von Ranke, Leopold 1941 [1836], *Politisches Gespräch*, hg. v. H. Ritter von Srbik, Leipzig.
- Wallerstein, Immanuel 1979, 'The Rise and Future Demise of the World Capitalist System: Concepts for Comparative Analysis', in *The Capitalist World-Economy: Essays by Immanuel Wallerstein*, edited by Immanuel Wallerstein, Cambridge: Cambridge University Press.
- Weber, Max 1988 [1920], 'Vorbemerkung', in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 1, Tübingen 1988, 1–16.
- Weber, Max 1972 [1922], *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen.
- Wood, Ellen 1991, *The Pristine Culture of Capitalism: A Historical Essay on Old Regimes and Modern States*, London: Verso.
- Wood, Ellen 1995, *Democracy Against Capitalism: Renewing Historical Materialism*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wood, Ellen 2002, *The Origin of Capitalism: A Longer View*, London: Verso.
- Wood, Ellen 2003, *Empire of Capital*, London: Verso.